

# Die Europäische Union und die NATO

Hans-Georg Ehrhart

Die EU und die NATO durchleben angesichts der Covid-19-Pandemie und der Krise der liberalen Weltordnung schwere Zeiten. Zugleich versuchen sie ihre Zusammenarbeit zu verbessern. Die EU ringt unter anderem um ein Abkommen mit Großbritannien zur Regelung der künftigen bilateralen Beziehungen, der Zunahme rechtsextremer Gewalt, anhaltender Terrorismusgefahr und Konflikten in der nahen (etwa Ukraine) und der erweiterten Nachbarschaft (etwa Sahelzone). Vor allem aber stellt die Covid-19-Pandemie die EU vor gesellschafts-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Probleme von bis dato unbekanntem Ausmaß. Davon dürften auch die transatlantischen Beziehungen und das Verhältnis zwischen EU und NATO nicht unberührt bleiben.

## Große Ambitionen und praktische Schritte

Seit Jahren streben beide Organisationen angesichts gemeinsamer Werte und Interessen eine strategische Partnerschaft an. Den politischen Rahmen bilden die Gemeinsame Erklärung von NATO und EU zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vom 16. Dezember 2002 und das „Berlin-Plus-Abkommen“ vom 17. März 2003. Die Umsetzung dieses Anspruchs bleibt jedoch nicht zuletzt wegen des Konflikts zwischen Zypern und der Türkei,<sup>1</sup> der Hinwendung der Türkei zum Autoritarismus und einer expansiven Außenpolitik sowie wegen unterschiedlicher nationaler Politikansätze unter den Mitgliedern schwierig. Diese Gemengelage fand ihren Ausdruck im Begriff der „Westlessness“, der die Münchner Sicherheitskonferenz 2020 prägte und der die zunehmende Uneinigkeit des Westens beschreibt.<sup>2</sup>

Sowohl das strategische Konzept der NATO von 2010 als auch spätere Erklärungen der Staats- und Regierungschefs der EU betonen zwar die Komplementarität der GSVP mit der NATO unter Achtung der jeweiligen Entscheidungsautonomie und Verfahren weiterzuentwickeln.<sup>3</sup> Die Umsetzung dieses Vorhabens, die Verbesserung der erforderlichen Mittel und die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Investitionsniveaus bleiben allerdings eine Herausforderung, auch wenn der Trend sinkender europäischer Rüstungsausgaben seit einigen Jahren umgekehrt worden ist. Diesen Trend trotz der zu erwartenden schweren wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie aufrecht zu erhalten, dürfte sich als schwer umsetzbar erweisen.

Auf der politisch-strategischen Ebene war das Außenministertreffen zum 70. Jahrestag des Bestehens der NATO am 4. April 2019 in Washington sowohl Ausdruck des Bestrebens, das Bündnis als Erfolgsgeschichte zu präsentieren, als auch Spiegelbild der politischen Probleme. Einerseits einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine vier Punkte umfas-

---

1 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Türkei“ und „Zypern“ in diesem Jahrbuch.

2 Munc Security Conference: Munc Security Report 2020, abrufbar unter: [https://securityconference.org/assets/user\\_upload/MunichSecurityReport2020.pdf](https://securityconference.org/assets/user_upload/MunichSecurityReport2020.pdf) (letzter Zugriff: 1.6.2020).

3 Europäische Union/Europäischer Rat: Tagung 19./20.12.2013. Schlussfolgerungen, Brüssel 20. Dezember 2013, S. 2, abrufbar unter: [http://consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf](http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf) (letzter Zugriff: 19.6.2019).

sende Erklärung, die unter anderem das transatlantische Band bekräftigt, das Zwei-Prozent-Ziel erneuert und Artikel 5 des NATO-Vertrags bestätigt. Zudem erwähnten sie die Partnerschaft mit der EU.<sup>4</sup> Andererseits kam wohl wegen der Sorge um den erratischen US-Präsidenten Donald Trump kein Gipfeltreffen zum eigentlichen Geburtstagstermin zustande. Das zu einem „leaders meeting“ herabgestufte Spitzentreffen fand erst im Dezember 2019 statt und wurde bereits deshalb als Erfolg gewertet, weil die Staats- und Regierungschefs die Bündnisverteidigung als Kerngedanken der NATO bekräftigten und Donald Trump die NATO dieses Mal nicht in Frage stellte.<sup>5</sup>

Zuvor hatte aber der französische Präsident Emmanuel Macron mit einem rhetorischen Paukenschlag die Existenzberechtigung der NATO angezweifelt, indem er ihren Hirntod konstatierte und für ein unabhängigeres Europa plädierte.<sup>6</sup> Dabei hatten sich der Präsident des Europäischen Rats, der Präsident der Europäischen Kommission und der Generalsekretär der NATO noch im Juli 2018<sup>7</sup> geräuschlos auf eine neue Gemeinsame Erklärung geeinigt, in der das bereits auf dem Gipfeltreffen von Warschau 2016 formulierte Ziel „to strengthen EU-NATO cooperation“ bekräftigt wurde.<sup>8</sup> Die Deklaration beschwört eine faire Lastenteilung der NATO-Alliierten gemäß der Beschlusslage von Warschau über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und begrüßt die politische Einigung der EU-Mitgliedstaaten, „to give higher priority to security and defence in the forthcoming discussions on the next long-term EU budget.“<sup>9</sup>

Zugleich intensivierte sich die Zusammenarbeit von EU und NATO auf Arbeitsebene. Die Gemeinsame Erklärung beider Organisationen, verabschiedet auf dem NATO-Gipfel in Warschau am 8. Juli 2016, sollte der Strategischen Partnerschaft neue Dynamik verleihen.<sup>10</sup> Dazu sollte die Umsetzung von anfangs 42 Projektvorschlägen beitragen. Bis zum dritten Zwischenbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Vorschläge stieg deren Anzahl auf 74 Projekte. Ein vierter Zwischenbericht beschreibt das auf den verschiedenen Arbeitsebenen bislang Erreichte und geht auf die weitere Gestaltung der EU-NATO-Beziehungen ein. Er enthält keine neuen Projekte, konstatiert aber, dass die Zusammenarbeit „between the EU and NATO is now the established norm and daily practice (...)“.<sup>11</sup> Der fünfte Fortschrittsbericht betont die negativen Folgen der Covid-19-Pandemie auf die Umsetzung der gemeinsamen Projekte, aber auch auf die gestiegene Relevanz einiger Projekte aufgrund der durch die Pandemie ausgelösten Krise, wie beispielsweise der Kampf gegen Desinformation oder die Verbesserung der Logistik für

---

4 NATO: Statement on the occasion of NATO's 70th Anniversary, Issued by the NATO Foreign Ministers, Washington 3./4.4.2019, abrufbar unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_165243.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_165243.htm) (letzter Zugriff: 1.6.2020).

5 Andreas Rüscht: Die NATO streitet sich in die Zukunft, in: Neue Züricher Zeitung, 4.12.2019.

6 The Economist: Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead, abrufbar unter: <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead> (letzter Zugriff: 1.6.2020).

7 Joint Declaration on EU-NATO Cooperation by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Press Release 447/18, 10.7.2018.

8 Joint Declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Press Release 419/16, 8.7.2016.

9 Joint Declaration on EU-NATO Cooperation: Press Release, 10.7.2018.

10 Joint Declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Press Release 419/16, 8.7.2016.

11 EEAS: EU-NATO cooperation – Factsheet, Brüssel, 11.6.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/39782/fourth-report-ue-nato-cooperation-en.pdf> (letzter Zugriff: 18.6.2019).

Hilfsgüter.<sup>12</sup> Die Projekte werden in sieben ausgewählten Bereichen durchgeführt: hybride Bedrohungen, Operationen, Cybersicherheit und -verteidigung, Verteidigungskapazitäten, Verteidigungsindustrie und Forschung, Übungen sowie Resilienzbildung von Partnern.

### **Covid-19-Pandemie als „Game changer“?**

Die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie veränderte die Sicherheitslage in Europa und der Welt dramatisch. Bis Mitte November 2020 kostete sie allein in Europa über 300.000 Menschenleben. Die wahre Bedrohung kam nicht „aus den Gewehrläufen“ und von den Einflussoperationen Chinas oder Russlands, sondern ein bis dahin unbekanntes Virus verursachte weltweit unsägliches Leid. Die Außenminister der NATO sprachen am 2. April 2020 von einer nie dagewesenen Herausforderung und versicherten, sich gegenseitig bei der Eindämmung des Virus zu unterstützen.<sup>13</sup> Die Aufnahme Nordmazedoniens als 30. Mitgliedstaat des Bündnisses geriet vor diesem Hintergrund zur Fußnote. Die Zusammenarbeit mit der EU wurde während der Sitzung im Juni 2020 kurz und eher pflichtgemäß von NATO-Generalsekretär Stoltenberg erwähnt.<sup>14</sup> Die EU-Verteidigungsminister widmeten der Zusammenarbeit mit der NATO auf ihrem Ratstreffen im Juni 2020 den letzten Absatz ihrer Schlussfolgerungen und bekräftigten bereits Bekanntes.<sup>15</sup>

Im Mittelpunkt stand vor allem die Covid-19-Pandemie. Deren Ausmaß erfordert viel Hilfe und Zusammenarbeit, nicht zuletzt von EU und NATO. Doch das Gegenteil war zunächst der Fall. Die Mitgliedstaaten der jeweiligen Organisation schalteten angesichts der neuartigen Gefahr reflexartig in einen nationalen Reaktionsmodus. Obwohl das Virus keine Grenzen kennt und kein Land die Herausforderung alleine bewältigen kann, brach nicht die „Stunde Europas“ an, sondern es überwog zunächst blanker nationaler Egoismus.

Die Mitgliedstaaten der EU und der NATO schlossen die Grenzen, horteten Hilfsgüter und agierten unkoordiniert. Während die EU zunächst nicht in der Lage war, ihren Krisenmechanismus zu aktivieren, kam die NATO erst auf Trab, nachdem China und Russland dem schwer getroffenen Italien öffentlichkeitswirksam dringend benötigte Hilfsgüter lieferten.<sup>16</sup> Dennoch erwies sie sich kurzfristig als der bessere Krisenhelfer als die EU.

Alleine die Tatsache, dass beide Organisationen über ähnliche Instrumente für das zivile Krisenmanagement verfügen, zeigt, dass es immer auch um institutionelle Konkurrenz geht.<sup>17</sup> Mittel- und langfristig kann die NATO der EU aber in der zivilen Krisenbewältigung nicht das Wasser reichen. Dafür ist sie nicht geschaffen und verfügt auch nicht über die erforderlichen Mittel. Das belegen unter anderem das erste Hilfspaket und der Aufbauplan der Europäischen Union angesichts der Covid-19-Pandemie mit

---

12 EU-NATO: Fifth Progress Report, Brüssel, 16.6.2020, abrufbar unter: [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2020/6/pdf/200615-progress-report-nr5-EU-NATO-eng.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/6/pdf/200615-progress-report-nr5-EU-NATO-eng.pdf) (letzter Zugriff: 30.6.2020).

13 Declaration by NATO Foreign Ministers issued following their meeting of 2nd April 2020, Press Release (2020) 040.

14 Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the Meeting of NATO Defence Ministers by 18 June 2020, abrufbar unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_176561.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_176561.htm) (letzter Zugriff: 19.6.2020).

15 Council of the European Union: Council Conclusions on Security and Defence, Brussels, 17. Juni 2020, 8910/20.

16 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Italien“ in diesem Jahrbuch.

17 Daniel Steinvorth: Unsichtbarer Feind: Die Nato profiliert sich als Helferin in der Corona-Krise, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.4.2020.

einem Umfang von 1,8 Bio. Euro und die umfassende Förderung der Impfstoffforschung.<sup>18</sup>

Die Covid-19-Pandemie hat auch direkte klassisch-sicherheitspolitische Folgen. Erstens sind die Soldaten der NATO-Streitkräfte und der EU-Operationen ebenso betroffen wie die Bevölkerungen. Sie müssen geschützt werden und ihre Operationsfähigkeit ist eingeschränkt. Zweitens wurden Missionen unterbrochen oder der Abzug aus Konfliktgebieten wie Afghanistan oder dem Irak beschleunigt. Drittens musste die NATO das größte Militärmanöver seit 25 Jahren – „Defender Europe“ – Mitte März 2020 absagen. Dabei sollte es auch dafür genutzt werden, die Verbesserung der militärischen Mobilität als ein Leuchtturmprojekt der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU zu testen. Viertens legen die enormen Kosten der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie nahe, dass die zu erwartenden Verteilungskämpfe nach Überwindung der Pandemie zu Sparzwängen führen, die auch die Verteidigungshaushalte betreffen werden.

Alleine Deutschland erwartet für 2020 eine Minderung seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) um sechs Prozent. Zyniker könnten diesem Szenario die positive Seite abgewinnen, dass damit der Anteil der Verteidigungsausgaben von 1,3 auf 1,6 Prozent steigen würde. Wichtiger ist aber die Erkenntnis, dass das insbesondere von sogenannten „Realisten“ vertretene Dogma von 2 Prozent, wie es 2014 von der NATO festgelegt wurde, wenig Sinn macht.

### **Sicherheit in der Post-Covid-19-Welt**

Der Realismus ist eine Denkschule in den internationalen Beziehungen, die einem einfachen Weltbild folgt. Die Staaten streben demnach nach Sicherheit durch militärische Stärke, weil sie in einer anarchischen Welt leben, in der jeder des anderen potenzieller Feind sein kann. Also gilt es stark zu sein, um die eigenen Interessen gegebenenfalls auch militärisch durchsetzen zu können. Das kann zwar zu Rüstungswettläufen mit entsprechender Kriegsgefahr und zu einer Fehlallokation von Ressourcen führen, die dann – etwa im Gesundheitssystem – fehlen. Aber sicher ist sicher, insbesondere, da ein neuer Systemkonflikt zwischen China und dem Westen droht.

In der Londoner Erklärung von 2019 identifizierten die Staats- und Regierungschefs der NATO erstmals China als Herausforderung für die Allianz.<sup>19</sup> Die EU hatte bereits zuvor festgestellt, dass China nicht nur Partner, sondern auch wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrivale ist.<sup>20</sup> Was das konkret für die EU-Chinapolitik heißt, ist noch nicht absehbar. Doch verstärken die USA ihre Bemühungen, die EU und die europäischen Alliierten gegen China in Stellung zu bringen.

Die Dominanz des klassischen Sicherheitsdenkens spiegeln die Zahlen zur Entwicklung der weltweiten Rüstungsausgaben wider.<sup>21</sup> Danach investieren die Staaten immer mehr in Rüstung. 2020 waren es 2 Bio. US-Dollar. Unter den 15 führenden Ländern verzeichnet Deutschland mit 10 Prozent auf insgesamt 49,3 Mrd. US-Dollar die stärkste Steigerung. Unangefochtener Spitzenreiter sind die USA mit 740 Mrd. US-Dollar, gefolgt

---

18 Europäische Kommission: Corona Krisenreaktion, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response\\_de](https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response_de) (letzter Zugriff: 10.11.2020).

19 NATO London Declaration, issued on 4 December 2019, PressRelease (2019) 115.

20 Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat, EU-China-Strategische Perspektiven, JOIN (2019) 5 final, S. 1.

21 SIPRI: SIPRI Fact Sheet April 2020, Trends in World Military Expenditure 2019, abrufbar unter: [https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-04/fs\\_2020\\_04\\_milex\\_0.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-04/fs_2020_04_milex_0.pdf) (letzter Zugriff: 12.5.2020).

von China (261 Mrd. US-Dollar), Indien (71,1 Mrd. US-Dollar), Russland (65,1 Mrd. US-Dollar), Saudi-Arabien (61,9 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (50,1 Mrd. US-Dollar).<sup>22</sup>

Es ist schon seltsam: Die globale Covid-19-Pandemie legt vielerorts die Mängel der Gesundheitssysteme unübersehbar offen. Sicherheit und Leben der Bürgerinnen und Bürger sind direkt bedroht. Alleine in den USA sind bis November 2020 mit 240.000 mehr Menschen in Verbindung mit einer SARS-CoV-2-Infektion gestorben als US-Soldaten im gesamten Ersten Weltkrieg oder in sämtlichen Kriegen nach Ende des Zweiten Weltkriegs.<sup>23</sup> Das soziale Miteinander und die Wirtschaft müssen so stark heruntergefahren werden, dass es lange brauchen wird, die Folgeschäden zu bewältigen. Angesichts dieser Lage müssten Sicherheit und Bedrohung eigentlich spätestens von jetzt an anders gedacht werden. Die vier apokalyptischen Reiter, die künftig die Hautbedrohung darstellen, sind Pandemien, Klimawandel, Atomkrieg und soziale Ungerechtigkeit.

Gleichwohl trommeln die „Realisten“ für das nächste Gefecht. Der eine verbreitet, dass Deutschland sich möglicherweise angesichts der unzuverlässigen US-amerikanischen Sicherheitspolitik eine nationale atomare Option verschaffen müsse. Ein anderer beschwichtigt, dass das wohl (noch?) nicht möglich sei, kritisiert aber die mangelnde Strategiefähigkeit der angeblich post-modernistischen Außen- und Sicherheitspolitik Berlins. Manche Experten plädieren weiterhin vehement dafür, die Verteidigungslasten auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen sowie endlich eine realistische, an den tatsächlichen Bedrohungen orientierte Politik zu verfolgen.

Ein deutscher Mitarbeiter der NATO plädiert angesichts der Covid-19-Pandemie für einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dem neben den altbekannten Prinzipien der Abschreckung und Verteidigung die neue Fähigkeit der Resilienz, also der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit, aufgegriffen werden müsse. Wurde der Begriff der Resilienz zuletzt vor allem im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen durch Russland benutzt, so kommt er jetzt im Kampf gegen das SARS-CoV-2-Virus zur Geltung. Da überrascht es nicht, dass die künftige Sicherheitspolitik im Kontext einer „Gesamtverteidigung“ gedacht wird.<sup>24</sup>

Das Konzept der Gesamtverteidigung stammt aus der Zeit des Kalten Kriegs und kombinierte militärische Verteidigung gegen einen äußeren Feind mit ziviler Verteidigung, die den nicht-militärischen Teil der Verteidigung umfasst. Zivile Verteidigung hatte drei Aufgaben: Krisenbewältigung, Unterstützung der militärischen Einsatzbereitschaft und Bevölkerungsschutz bei einem Angriff von außen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs spielte sie keine große Rolle mehr. Erst mit den Terroranschlägen von 2001 und dem Oderhochwasser von 2002 entwickelten Bund und Länder eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung vor Großschadensereignissen. Angesichts einer veränderten Bedrohungslage wurde 2016 die „Konzeption Zivile Verteidigung“ verabschiedet.<sup>25</sup> Diese denkt Zivilverteidigung wieder stärker im Sinne von Gesamtverteidigung.

Bedenklich stimmt zunächst, dass die durch das SARS-CoV-2-Virus hervorgerufenen Herausforderungen in einen verteidigungspolitischen Kontext gestellt und dadurch gewis-

---

22 SIPRI: SIPRI Fact Sheet April 2020.

23 Die Zahlen umfassen „Battle Deaths“ plus „Other Deaths (In Theater)“. Department of Veteran Affairs: America's Wars, abrufbar unter: [https://www.va.gov/opa/publications/factsheets/fs\\_americas\\_wars.pdf](https://www.va.gov/opa/publications/factsheets/fs_americas_wars.pdf) (letzter Zugriff: 1.6.2020).

24 Michael Rühle: Ein neuer Gesellschaftsvertrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.4.2020.

25 Bundesministerium des Innern: Konzeption Zivile Verteidigung, abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/konzeption-zivile-verteidigung/konzeption-zivile-verteidigung-node.html> (letzter Zugriff: 12.5.2020).

sermaßen instrumentalisiert werden. Ähnlich wie bei der falschen Behauptung, wir führten einen „Krieg gegen das Virus“, geht es nicht um Gesamtverteidigung, sondern vor allem um die Bewältigung einer Pandemie, also um ein globales gesundheitliches Problem und dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen.<sup>26</sup> Dass interessierte Staaten diese Lage ausnutzen könnten, wie manche warnen, ist nicht auszuschließen. Demgegenüber steht, dass alle Staaten weltweit von der Pandemie betroffen sind.

Noch bedenklicher ist die mantraartige Forderung nach noch mehr Rüstung in einer Zeit, in der der deutsche Verteidigungsetat seit fünf Jahren steigt und die internationalen Rüstungskosten stetig wachsen. Zugleich steigen aber auch die Kosten für die Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in unvorstellbare Höhen. So hat alleine die Bundesregierung ein Hilfspaket von 1,5 Bio. Euro verabschiedet, um die ärgsten Nöte der Pandemie zu mildern.<sup>27</sup> Auch die EU hat ein Hilfspaket in Billionenhöhe verabschiedet. Der weltweite Unterstützungsbedarf ist noch um einiges größer.

Weil all das bezahlt werden muss, wird es zu Zielkonflikten und Verteilungskämpfen kommen. Darum ist es ratsam, die eingefahrenen Routinen der klassischen Sicherheitspolitik der falschen „Realisten“ zu überwinden und sich stattdessen einem durch die Covid-19-Pandemie erneut vor Augen geführten neuen Realismus zu stellen: Der Notwendigkeit, viel mehr für menschliche Sicherheit zu tun. Dafür prädestiniert wäre die EU. Die NATO sollte sich hingegen auf ihre Kernaufgabe der Verteidigung und Abschreckung konzentrieren.

Das Konzept der menschlichen Sicherheit stammt aus dem 1990er Jahren und wurde maßgeblich im Kontext der Vereinten Nationen entwickelt. Demnach umfasst Sicherheit nicht nur den Schutz vor physischer Gewalt, sondern auch vor weiteren Bedrohungen wie zum Beispiel Umweltzerstörung, Krankheit, Armut und wirtschaftlichem Niedergang. Es handelt sich um einen kooperativen, friedenspolitischen und präventiven Ansatz, in dessen Mittelpunkt das Wohl der Menschen steht und nicht die machtpolitischen Interessen des Staates, so wie es die falschen Realisten immer wieder verkünden. Mehr menschliche Sicherheit ist die angemessene Friedensstrategie für die Post-Covid-19-Welt.

### Weiterführende Literatur

Sven Biscop: European Defence and PESCO. Don't Waste the Chance, EUIDEA Policy Papers No. 1, abrufbar unter: [http://www.egmontinstitute.be/content/uploads/2020/05/euidea\\_policy-paper1-SvenBiscop-mei2020.pdf?type=pdf](http://www.egmontinstitute.be/content/uploads/2020/05/euidea_policy-paper1-SvenBiscop-mei2020.pdf?type=pdf) (letzter Zugriff: 1.6.2020).

Margriet Drent/Kimberley Kruijver/Dick Zandee: Military Mobility and the EU-NATO Conundrum, Clingendael Report, July 2019, abrufbar unter: [https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-07/Military\\_Mobility\\_and\\_the\\_EU\\_NATO\\_Conundrum.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-07/Military_Mobility_and_the_EU_NATO_Conundrum.pdf) (letzter Zugriff: 1.6.2020).

Gustav Lindström/Thierry Tardy (Hrsg.): The EU and NATO. The Essential Partners, Paris 2019, abrufbar unter: <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/EU%20and%20NATO.pdf> (letzter Zugriff: 1.6.2020).

Barbara Lippert/Volker Perthes (Hrsg.): Strategische Rivalität zwischen USA und China. Worum es geht, was es für Europa (und andere) bedeutet, SWP-Studie 1, Februar 2020, abrufbar unter: [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S01\\_lpt\\_prt\\_WEB.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S01_lpt_prt_WEB.pdf) (letzter Zugriff: 1.6.2020).

The United Nations Trust Fund for Human Security: What is Human Security?, abrufbar unter: <https://www.un.org/humansecurity/what-is-human-security/> (letzter Zugriff: 1.6.2020).

---

26 Hans-Georg Ehrhart: Sprache der Diktatoren, in: Der Freitag, 2.4.2020, S. 8.

27 Bundesministerium der Finanzen: Zahlen der Woche, abrufbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/zahlen-der-woche.html> (letzter Zugriff: 10.11.2020).